



Illegale Rodung im indonesischen Regenwald

CORBIS/SABA / ACTION PRESS

D O S E N P F A N D

Stoibers Kompromiss

Im Endlosstreit über das Einweg-Pfand will der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) die Industrie zum Einlenken bewegen. In einem Schreiben an BDI-Präsident Michael Rogowski plädiert der Christsoziale für eine vereinfachte Pfandregelung, die sich nur noch „auf die Massegetränke Bier, Mineralwasser und Erfrischungsgetränke erstrecken soll“.

Der Kompromissvorschlag – der bereits mit Bundesumweltminister Jürgen Trittin (Bündnis 90/Die Grünen) abgestimmt ist – sieht für ökologisch nachteilige Einwegverpackungen bis zu drei Litern ein einheitliches Pfand von 25 Cent vor und würde zudem die Bedenken der EU-Kommission gegen die noch geltende Regelung aus dem Jahr 1991 ausräumen.

Ob der Vorschlag bei der nächsten Sitzung des Bundesrats am 9. Juli verabschiedet werden kann, bleibt trotzdem fraglich: Hessen und andere unionsregierte Länder wollen den Streit weiter in der Schwebe halten. Stoiber dagegen warnt, dass „auf Grund des Automatismus der geltenden Verordnung“ noch in diesem Jahr Fruchtsäfte, Wein und später auch Milch unter die Pfandpflicht fallen könnten.

NATURSCHUTZ

Nur auf dem Papier

Der Handelsriese Metro und seine Kaufhäuser wie Kaufhof und Real vertreiben weiterhin umstrittene Papierprodukte. Nach einer Faseranalyse enthalten die Kopierpapiere des Konzerns Zellstoff aus „Mixed Tropical Hardwood“. Gegenüber der Umweltorganisation Robin Wood erklärte die Metro Group jetzt ausdrücklich, sie werde an dem umstrittenen Hersteller Asia

Pulp & Paper (APP) festhalten, da sich der asiatische Papierkonzern verpflichtet habe, „großflächige Naturreservate“ und „Plantagen auf Brachland“ einzurichten. „Die Erklärungen von APP sind nur Verpflichtungen auf dem Papier“, urteilt dagegen die Forest Crime Unit des indonesischen World Wide Fund for Nature. APP sei „unwillig“, auf „illegal geerntetes Holz“ zu verzichten.

B U N D E S W E H R

Luftwaffe soll sparen

Auf der Suche nach Einsparungen im Verteidigungshaushalt nehmen Wehrexperten der Koalitionsfraktionen im Bundestag erneut die Luftwaffe ins Visier. Sie soll mit weniger Kampfflugzeugen auskommen als bislang vorgesehen und mindestens einen weiteren Flugplatz schließen. Gegenwärtig wird geplant, bis 2015 die Zahl der Kampfjets von derzeit 451 auf 265 zu verringern.



MARKUS HANSEN / ACTION PRESS

„Tornados“ bei der Wartung

Die Bundeswehr würde demnach über 180 Eurofighter sowie 85 „Tornado“-Jets verfügen und statt zehn künftig nur noch sieben Flugplätze dafür unterhalten. 66 Tornados blieben im schleswig-holsteinischen Jagel und im bayerischen Lechfeld, die übrigen 19 würden zum Pilotentraining in den USA stationiert. Grüne und SPD-Genossen von Verteidigungsminister Peter Struck wollen aber höchstens 140 Eurofighter anschaffen, was zum Beispiel den Stützpunkt Büchel in Rheinland-Pfalz überflüssig machen könnte. Die SPD-Leute wollen auch noch auf einige Tornados verzichten. Wenn die in Deutschland verbleibenden Jets dieses Typs dann auf einem Fliegerhorst zusammengelegt würden, ließen sich insgesamt mehrere hundert Millionen Euro jährlich an Betriebskosten einsparen. Als Vorbild dient Großbritannien. Die Royal Air Force habe mit der Zusammenfassung kleinerer Geschwader auf einem Platz, so der SPD-Fachpolitiker Hans-Peter Bartels, bereits „gute Erfahrungen gemacht“.

Nachgefragt

Konkurrierende Köpfe

„Künftig haben Wähler in Hamburg zwei mal fünf Stimmen, die sie einzelnen Kandidaten auf Wahlkreis- und Landesliste geben können. Dabei können Sie auch einem Kandidaten bis zu fünf Stimmen geben. Würden Sie ein solches Wahlrecht auch für Bundestagswahlen wünschen?“

NEIN

54%

JA

39%

TNS Infratest für den SPIEGEL vom 15. bis 17. Juni; rund 1000 Befragte; an 100 fehlende Prozent: „weiß nicht“

